

Finanzausgleichsgesetz (FAG)

Vom 25. Juni 2009 (Stand 5. März 2018)

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 135 der Kantonsverfassung vom 17. Mai 1984¹⁾,

beschliesst:²⁾

1 Allgemeine Bestimmungen *

§ 1 Zweck

¹ Dieses Gesetz hat zum Zweck, ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung sowie in den Leistungen der Einwohnergemeinden zu gewährleisten.

² Es ist regelmässig auf seine Effektivität und seine Effizienz hin zu überprüfen. *

§ 2 * Regelungsbereich

¹ Dieses Gesetz regelt:

- a. den jährlichen Ressourcenausgleich unter den Einwohnergemeinden;
- b. die Härtebeiträge an die Einwohnergemeinden;
- c. die jährliche Lastenabgeltung an die Einwohnergemeinden;
- d. die Kompensationsleistungen zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden;
- e. die Übergangsbeiträge an die Einwohnergemeinden.

§ 2a * Ausgleichsfonds

¹ Es besteht ein kantonaler Fonds für Teile des Ressourcenausgleichs, für die Härtebeiträge und für die Übergangsbeiträge (kurz: Ausgleichsfonds).

² Alle Einwohnergemeinden entrichten jährlich einen Beitrag nach Massgabe der Einwohnerzahl in den Ausgleichsfonds. Der Beitrag wird jährlich vom Regierungsrat nach Massgabe des zu erwartenden Bedarfs festgelegt.

³ Der Regierungsrat legt den Höchstbetrag des Beitrags in der Verordnung fest. Er berücksichtigt dabei die Empfehlungen der Konsultativkommission.

1) GS 29.276, SGS 100

2) Vom Landrat mit 4/5-Mehr beschlossen. Referendumsfrist unbenutzt abgelaufen am 27. August 2009.

§ 3 * Konsultativkommission

¹ Der Regierungsrat setzt eine Konsultativkommission «Aufgabenteilung und Finanzausgleich» (kurz: Konsultativkommission) ein.

² Die Konsultativkommission ist aus Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung und der Gemeinden zusammengesetzt und gibt Empfehlungen zu Fragen des Finanzausgleichs sowie zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden ab.

2 Ressourcenausgleich *

§ 4 Definitionen

¹ Der fiktive Einkommenssteuerfuss ist die Summe der Einkommenssteuererträge der Einwohnergemeinden geteilt durch die Summe ihrer auf 100% hochgerechneten Einkommenssteuererträge.

² Der fiktive Vermögenssteuerfuss sowie die fiktiven Ertrags- und Kapitalsteuersätze sind analog zum fiktiven Einkommenssteuerfuss definiert.

³ Die Steuerkraft einer Einwohnergemeinde ist die Summe ihrer mit den fiktiven Steuerfüssen und -sätzen umgerechneten Steuererträge geteilt durch ihre Einwohnerzahl.

⁴ ... *

§ 5 * Horizontaler Ausgleich

¹ Einwohnergemeinden, deren Steuerkraft über einem bestimmten Ausgleichsniveau liegt (kurz: Gebergemeinden), leisten Beiträge in den horizontalen Ausgleich an Einwohnergemeinden, deren Steuerkraft darunter liegt (kurz: Empfängergermeinden).

² Der Regierungsrat legt in der Verordnung die Höhe des Ausgleichsniveaus fest. Er berücksichtigt dabei die Empfehlung der Konsultativkommission. *

³ Das Ausgleichsniveau gilt jeweils für 3 Jahre, erstmals für die Jahre 2016 bis 2018.

§ 6 * Gebergemeinden

¹ Die Gebergemeinden leisten als Beitrag 15% ihrer Steuerkraft (kurz: Abschöpfungssatz) multipliziert mit ihrer Einwohnerzahl. Vorbehalten bleibt Absatz 2.

² Ist der Abschöpfungssatz grösser als 60% der Differenz zwischen ihrer Steuerkraft und dem Ausgleichsniveau, leistet die Gebergemeinde als Beitrag 60% dieser Differenz multipliziert mit ihrer Einwohnerzahl.

³ ... *

§ 6a * Empfängergemeinden

¹ Die Empfängergemeinden erhalten die Summe der Beiträge gemäss § 6. Vorbehalten bleibt Absatz 2.

² Ist die Summe kleiner oder grösser als die Differenz der Steuerkraft der Empfängergemeinden zum Ausgleichsniveau multipliziert mit ihrer Einwohnerzahl, erhalten die Empfängergemeinden einen zusätzlichen bzw. einen reduzierten Beitrag.

§ 6b * Zusatz, Reduktion, Ausgleichsfonds

¹ Der zusätzliche Beitrag beträgt pro Einwohner höchstens die Differenz bis zum Ausgleichsniveau und ist zudem bei demjenigen Wert begrenzt, der einem Abschöpfungssatz von 17% entsprechen würde. Er wird dem Ausgleichsfonds entnommen.

² Die Reduktion des Beitrags pro Einwohner entspricht der Differenz bis zum Ausgleichsniveau. Sie wird in den Ausgleichsfonds eingelegt.

§ 7 * ...**2^{bis} Härtebeitrag *****§ 8 Härtebeitrag ***

¹ Eine Einwohnergemeinde erhält einen Härtebeitrag aus dem Ausgleichsfonds, wenn sie sonst alle oder einzelne ihrer Aufgaben nur bei einer unzumutbaren Belastung erfüllen könnte. *

² Voraussetzungen für die Beitragsausrichtung sind eine angemessene Ausschöpfung der Eigenfinanzierungsmöglichkeiten sowie ein gemäss der Gemeindefinanzverordnung geführtes Rechnungswesen.

§ 9 * ...**3 Lastenabgeltung *****§ 10 * ...****§ 11 * Bildung**

¹ Einwohnergemeinden, die eine überdurchschnittliche Bildungslast aufweisen, erhalten eine Lastenabgeltung für die Bildung.

² Die Berechnung der Lastenabgeltung richtet sich nach:

- a. der gewichteten Kindergarten- und Primarschülerzahl gemessen an der Einwohnerzahl sowie
- b. der Bevölkerungsdichte und der geographischen Lage.
- c. ...

³ ...

§ 12 Sozialhilfe

¹ Einwohnergemeinden, deren Sozialindex höher ist als der kantonale, mit den Einwohnerzahlen gewichtete Durchschnitt der Sozialindices, erhalten einen Beitrag als Lastenabgeltung für die Sozialhilfe. *

² Der Beitrag richtet sich nach der Anzahl Indexpunkte über dem kantonalen Durchschnitt.

³ Der Regierungsrat regelt die Definition des Sozialindex¹.

§ 13 Nicht-Siedlungsfläche

¹ Einwohnergemeinden, deren Anteil Nicht-Siedlungsfläche an der Gesamtfläche grösser ist als der entsprechende kantonale Durchschnitt, erhalten einen Beitrag als Lastenabgeltung für die Nicht-Siedlungsfläche. *

² Der Beitrag richtet sich nach der Fläche über dem kantonalen Durchschnitt.

§ 14 * Gesamtbetrag, Berechnung

¹ Als Beiträge gemäss den §§ 11 bis 13 werden insgesamt CHF 22,68 Millionen ausgeschüttet.

² Der Regierungsrat legt in der Verordnung für die §§ 11 bis 13 fest:

- a. die Aufteilung der CHF 22,68 Millionen auf die einzelnen Lastenabgeltungen unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Konsultativkommission;
- b. die Berechnungsgrundlagen und Berechnungsweisen der Lastenabgeltungen.

§ 15 * ...

4 Kompensationsleistungen *

§ 15a * Leistung der Einwohnergemeinden

¹ Zur Kompensation der Aufgabenverschiebungen «Realschulbautenübernahme» und «Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde» leisten die Einwohnergemeinden dem Kanton jährlich CHF 7'550'000. *

a. * ...

b. * ...

c. * ...

^{1bis} ... *

² Der einzelne Gemeindeanteil richtet sich nach der Einwohnerzahl.

§ 15b * Leistung des Kantons, Primarschule

¹ Zur Kompensation der Aufgabenverschiebung «6. Primarschuljahr» leistet der Kanton den Einwohnergemeinden:

a. im Jahr 2015 CHF 14'537'500,

b. in den folgenden Jahren jährlich CHF 34'890'000.

² Der Anteil einer Einwohnergemeinde richtet sich nach deren Anzahl Primarschülerinnen und -schüler.

§ 15c * Leistungen des Kantons, Ergänzungsleistungen

¹ Zur Kompensation der Aufgabenverschiebung «EL-AHV/EL-IV» leistet der Kanton den Einwohnergemeinden jährlich CHF 14,3 Millionen.

^{1bis} Zur Kompensation der EL-Entlastung des Kantons durch die kommunale Pflegefinanzierung in den Jahren 2011-2015 erstattet der Kanton den Einwohnergemeinden bis Ende des Jahres 2020 insgesamt CHF 45 Millionen. An diesen Betrag wird die Zahlung von CHF 15 Millionen gemäss Beschluss des Landrats vom 28. Januar 2016 angerechnet. *

² Der einzelne Gemeindeanteil richtet sich nach der gewichteten Anzahl hochbetagter Einwohner und Einwohnerinnen sowie nach deren wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten. *

5 Schlussbestimmungen

§ 16 Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr

¹ Das Gesetz vom 18. April 1985¹⁾ zur Förderung des öffentlichen Verkehrs wird wie folgt geändert: ...²⁾

1) GS 29.89, SGS [480](#)

2) GS 36.1180

§ 17 Änderung des Ergänzungsleistungsgesetzes

¹ Das Ergänzungsleistungsgesetz vom 15. Februar 1973³⁾ zur AHV und zur IV wird wie folgt geändert: ...⁴⁾

§ 18 Änderung des Sozialhilfegesetzes

¹ Das Gesetz vom 21. Juni 2001⁵⁾ über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG) wird wie folgt geändert: ...⁶⁾

§ 19 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Das Finanzausgleichsgesetz vom 5. Juni 2003⁷⁾ wird aufgehoben.

§ 20 Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

§ 21 * Übergangsbeiträge

¹ Zur Abfederung des Übergangs zum neuen Recht erhalten Einwohnergemeinden, die durch die neuen Regelungen schlechter gestellt sind als durch die vormaligen, abgestufte Beiträge aus dem Ausgleichsfonds (kurz: Übergangsbeiträge).

² Die Übergangsbeiträge richten sich nach der Differenz zwischen:

- a. den effektiv erhaltenen Finanzausgleichsbeträgen in den Jahren 2010 bis 2014 und
- b. den nach den neuen Regelungen berechneten, hypothetischen Finanzausgleichsbeträgen in den Jahren 2010 bis 2014.

³ Die Übergangsbeiträge betragen im Jahr 2016 80%, im Jahr 2017 60%, im Jahr 2018 40% und im Jahr 2019 20% der Differenz gemäss Absatz 2.

⁴ In der Verordnung werden die Differenzbeträge gemäss Absatz 2 für die betroffenen Einwohnergemeinden festgeschrieben.

3) GS 25.130, SGS [833](#)

4) GS 36.1180

5) GS 34.143, SGS [850](#)

6) GS 36.1180

7) GS 34.1130, SGS 185

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
25.06.2009	01.01.2010	Erllass	Erstfassung	GS 36.1176
10.02.2011	01.08.2011	Titel 4	eingefügt	GS 37.509
10.02.2011	01.08.2011	§ 15a	eingefügt	GS 37.509
17.11.2011	01.01.2012	§ 5 Abs. 2	eingefügt	GS 37.816
17.11.2011	01.01.2012	§ 6 Abs. 3	eingefügt	GS 37.816
08.03.2012	01.01.2013	§ 15a Abs. 1, lit. b.	geändert	wg. GS 37.893
30.05.2013	01.01.2013	§ 15a Abs. 1, lit. c.	geändert	GS 38.228
30.05.2013	01.01.2013	§ 15a Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 38.228
18.09.2014	01.01.2015	Titel 4	geändert	GS 2014.119
18.09.2014	01.01.2015	§ 15a Abs. 1	geändert	GS 2014.119
18.09.2014	01.01.2015	§ 15a Abs. 1, lit. a.	aufgehoben	GS 2014.119
18.09.2014	01.01.2015	§ 15a Abs. 1, lit. b.	aufgehoben	GS 2014.119
18.09.2014	01.01.2015	§ 15a Abs. 1, lit. c.	aufgehoben	GS 2014.119
18.09.2014	01.01.2015	§ 15a Abs. 1 ^{bis}	aufgehoben	GS 2014.119
18.09.2014	01.01.2015	§ 15b	eingefügt	GS 2014.119
18.09.2014	01.01.2015	Anhang 1	Name und Inhalt geändert	GS 2014.119
24.09.2015	01.01.2016	Titel 1	geändert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 1 Abs. 2	geändert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 2	totalrevidiert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 2a	eingefügt	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 3	totalrevidiert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	Titel 2	geändert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 4 Abs. 4	aufgehoben	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 5	totalrevidiert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 6	totalrevidiert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 6a	eingefügt	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 6b	eingefügt	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 7	aufgehoben	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	Titel 2 ^{bis}	eingefügt	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 8	Titel geändert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 8 Abs. 1	geändert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 9	aufgehoben	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	Titel 3	geändert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 10	aufgehoben	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 11	totalrevidiert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 12 Abs. 1	geändert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 14	totalrevidiert	GS 2015.081

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
24.09.2015	01.01.2016	§ 15	aufgehoben	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	§ 21	eingefügt	GS 2015.081
24.09.2015	01.01.2016	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2015.081
28.01.2016	01.01.2016	§ 15c	eingefügt	GS 2016.003
28.01.2016	01.01.2016	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2016.003
15.06.2017	01.01.2018	§ 15c Abs. 2	geändert	GS 2017.046
15.06.2017	01.01.2018	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2017.046
04.03.2018	05.03.2018	§ 15c Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 2018.057
04.03.2018	05.03.2018	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2018.057

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erllass	25.06.2009	01.01.2010	Erstfassung	GS 36.1176
Titel 1	24.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.081
§ 1 Abs. 2	24.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.081
§ 2	24.09.2015	01.01.2016	totalrevidiert	GS 2015.081
§ 2a	24.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.081
§ 3	24.09.2015	01.01.2016	totalrevidiert	GS 2015.081
Titel 2	24.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.081
§ 4 Abs. 4	24.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.081
§ 5	24.09.2015	01.01.2016	totalrevidiert	GS 2015.081
§ 5 Abs. 2	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.816
§ 6	24.09.2015	01.01.2016	totalrevidiert	GS 2015.081
§ 6 Abs. 3	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.816
§ 6a	24.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.081
§ 6b	24.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.081
§ 7	24.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.081
Titel 2 ^{bis}	24.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.081
§ 8	24.09.2015	01.01.2016	Titel geändert	GS 2015.081
§ 8 Abs. 1	24.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.081
§ 9	24.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.081
Titel 3	24.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.081
§ 10	24.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.081
§ 11	24.09.2015	01.01.2016	totalrevidiert	GS 2015.081
§ 12 Abs. 1	24.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.081
§ 13 Abs. 1	24.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.081
§ 14	24.09.2015	01.01.2016	totalrevidiert	GS 2015.081
§ 15	24.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.081
Titel 4	10.02.2011	01.08.2011	eingefügt	GS 37.509
Titel 4	18.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.119
§ 15a	10.02.2011	01.08.2011	eingefügt	GS 37.509
§ 15a Abs. 1	18.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.119
§ 15a Abs. 1, lit. a.	18.09.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014.119
§ 15a Abs. 1, lit. b.	08.03.2012	01.01.2013	geändert	wg. GS 37.893
§ 15a Abs. 1, lit. b.	18.09.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014.119
§ 15a Abs. 1, lit. c.	30.05.2013	01.01.2013	geändert	GS 38.228
§ 15a Abs. 1, lit. c.	18.09.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014.119
§ 15a Abs. 1 ^{bis}	30.05.2013	01.01.2013	eingefügt	GS 38.228
§ 15a Abs. 1 ^{bis}	18.09.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014.119
§ 15b	18.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014.119

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 15c	28.01.2016	01.01.2016	eingefügt	GS 2016.003
§ 15c Abs. 1 ^{bis}	04.03.2018	05.03.2018	eingefügt	GS 2018.057
§ 15c Abs. 2	15.06.2017	01.01.2018	geändert	GS 2017.046
§ 21	24.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.081
Anhang 1	18.09.2014	01.01.2015	Name und Inhalt geändert	GS 2014.119
Anhang 1	24.09.2015	01.01.2016	Inhalt geändert	GS 2015.081
Anhang 1	28.01.2016	01.01.2016	Inhalt geändert	GS 2016.003
Anhang 1	15.06.2017	01.01.2018	Inhalt geändert	GS 2017.046
Anhang 1	04.03.2018	05.03.2018	Inhalt geändert	GS 2018.057

Erlasstitel	Finanzausgleichsgesetz (FAG)
SGS-Nr.	185
GS-Nr.	36.1176
Erlasdatum	25. Juni 2009
In Kraft seit	1. Januar 2010

> [Übersicht Systematische Gesetzessammlung](#) des Kantons BL

Hinweis: Die Links führen in der Regel zum Landratsprotokoll (2. Lesung), woselbst weitere Links auf die entsprechende Landratsvorlage, auf den Kommissionsbericht an den Landrat und das Landratsprotokoll der 1. Lesung zu finden sind. > [Mehr](#)

Änderungen / Ergänzungen / Aufhebungen (chronologisch absteigend)

Datum	GS-Nr.	In Kraft seit	Bemerkungen
\$	\$	\$	LRV 2017-076
04.03.2018	2018.057	05.03.2018	LRV 2017-176 (Fairness-Initiative)
15.06.2017	2017.046	01.01.2018	LRV 2016-167
28.01.2016	2016.003	01.01.2016	LRV 2015/329
24.09.2015	2015.081	01.01.2016	LRV 2015/161
18.09.2014	2014.119	01.01.2015	LRV 2014/089
30.05.2013	38.228	01.01.2013	rückwirkend
08.03.2012	37.893	01.01.2013	wg. Kinderschutz; EG ZGB
17.11.2011	37.816	01.01.2012	
10.02.2011	37.505	01.08.2011	wg. Übernahme Sek-Schulbauten